

Bewerbungsbedingungen für die Vergabe von freiberuflichen Leistungen im Offenen Verfahren

Das Vergabeverfahren erfolgt nach der "Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeordnung - VgV)".

1 Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bewerbers Unklarheiten, Unvollständigkeiten oder Fehler, so hat es unverzüglich die Vergabestelle vor Angebotsabgabe in Textform über den Kommunikationsbereich des Projektraums auf der Vergabeplattform darauf hinzuweisen.

2 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen.

Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art er wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist. Dies gilt insbesondere auch für Bietergemeinschaften.

3 Angebot / Angebotsunterlagen

- 3.1 Die Angebotsunterlagen (Eignungsbogen bzw. Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE) (siehe dazu Ziffer 7) inkl. der zutreffenden Anlagen und geforderten Nachweise, sowie Angebotsblatt ggf. inkl. Kalkulationsblättern und Darstellung zu den qualitätsbezogenen Zuschlagskriterien) und der Schriftverkehr mit der Vergabestelle sind in deutscher Sprache abzufassen. Angebote in anderer Sprache werden ausgeschlossen.

- 3.2 Das Angebot muss alle in der einschlägigen Auftragsbekanntmachung bzw. in den Vergabeunterlagen geforderten Erklärungen, Angaben und Nachweise enthalten.

Für das Angebot sind die von der Vergabestelle vorgegebenen Formulare zu verwenden.

Insofern eine Darstellung zu den qualitätsbezogenen Zuschlagskriterien gefordert wird, ist diese schriftlich einzureichen; im Weiteren ist die Form grds. frei wählbar. Die Bedingungen zur Einreichung von Eignungsnachweisen bzw. Präqualifizierung gemäß Ziffer 7 sind zu beachten.

Weitere Unterlagen (mit Ausnahme der geforderten Anlagen und Nachweise) werden nicht berücksichtigt. Anlagen/Ergänzungen sind in separaten Dokumenten zulässig, sofern diese eindeutig gekennzeichnet und den einzelnen Formularen zweifelsfrei zuzuordnen sind. Insbesondere können Erläuterungen dem Angebot als gesondertes Schreiben beigelegt werden, sofern diese zur besseren Beurteilung des Angebots erforderlich erscheinen (z.B. zu 0,00 €-Positionen).

- 3.3 Soweit Bescheinigungen verlangt werden, ist für Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen. Ausländische Bieter haben gleichwertige Bescheinigungen ihres Herkunftslandes einzureichen. Sollten bei der Vergabestelle Zweifel an der Übersetzung bestehen, hat der Bewerber auf Nachfrage der Vergabestelle eine beglaubigte Übersetzung vorzulegen. Legt der Bewerber die beglaubigte Übersetzung nicht innerhalb der von der Vergabestelle gesetzten Frist vor, wird der Teilnahmeantrag ausgeschlossen.

Sofern die Anerkennung der geforderten Berufsqualifikation nicht in der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen, geändert durch die Richtlinie 2013/55/EU, geregelt ist, muss eine Bescheinigung einer autorisierten Stelle über die Anerkennung in Deutschland vorgelegt werden.

- 3.4 Alle Eintragungen müssen dokumentenecht sein.

Sämtliche Angaben sind vollständig, wahrheitsgemäß und widerspruchsfrei zu machen.

- 3.5 Änderungen des Bewerbers an seinen Eintragungen und Angaben müssen zweifelsfrei sein.

Änderungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig.

Die Angebotsunterlagen sind bis zu dem von der Vergabestelle in der einschlägigen Auftragsbekanntmachung und der „Aufforderung zur Angebotsabgabe“ genannten Einreichungstermin vollständig elektronisch in Textform (§ 126b BGB) und in deutscher Sprache über die Vergabeplattform einzureichen. Die Unterlagen sind im jeweiligen Projektraum zum Verfahren im Bereich „Angebote“ hochzuladen, weil nur so sichergestellt ist, dass kein vorfristiger Zugriff erfolgt. Nicht form- oder nicht fristgerechte, insbesondere in Papierform, per E-Mail oder über den Kommunikationsbereich des Projektraums eingereichte Teilnahmeanträge werden ausgeschlossen.

Bis zum Ablauf der Einreichungsfrist können Angebote in Textform zurückgezogen werden.

- 3.6 Unvollständige Angebote, insbesondere solche ohne die in der einschlägigen Auftragsbekanntmachung und/oder in den Vergabeunterlagen geforderten Erklärungen und Nachweise, werden vom Vergabeverfahren ausgeschlossen.

Die Möglichkeit der Nachforderung von Erklärungen und Nachweisen gemäß § 56 Abs. 2 VgV bleibt unberührt.

- 3.7 Erklärungen und Nachweise, die von der Vergabestelle nach dem Einreichungstermin verlangt werden, sind bis zu dem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt auf der Vergabeplattform im jeweiligen Projektraum über die „Kommunikation“ einzureichen. Werden die nachgeforderten Erklärungen und Nachweise nicht fristgerecht hochgeladen, wird das Angebot ausgeschlossen.
- 3.8 Angebote, welche die geforderten Mindeststandards nicht erfüllen, werden ausgeschlossen.
- 3.9 Für die Erstellung und Einreichung des Angebots sowie der weiteren Erklärungen und Nachweise / Unterlagen werden keine Entschädigungen / Vergütungen gezahlt.

4 Mehrfachbeteiligungen

Mehrfachbeteiligungen mit verschiedenen Unternehmen oder Unterauftragnehmern sind unzulässig und führen zum Ausschluss aller betroffenen Bieter bzw. Bietergemeinschaften vom Vergabeverfahren. Gleiches gilt, wenn sich ein Unternehmen einzeln und zusätzlich als Mitglied einer Bietergemeinschaft bzw. zusätzlich zusammen mit einem Unterauftragnehmer bewirbt.

5 Bietergemeinschaften

- 5.1 Eine Bietergemeinschaft hat mit ihrem Angebot eine Erklärung aller Mitglieder in Textform abzugeben,
- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft (ARGE) im Auftragsfall erklärt ist,
 - in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
 - dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
 - dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

Auf Verlangen der Vergabestelle ist eine von allen Mitgliedern unterzeichnete bzw. fortgeschritten oder qualifiziert signierte/mit Siegel versehene Erklärung abzugeben.

- 5.2 Die Leistungsabgrenzung innerhalb der Bietergemeinschaft / ARGE ist darzustellen. Die Funktionen und Zuständigkeiten der Mitglieder der Bietergemeinschaft sind ggf. in einem Organigramm, welches dem Angebot beigelegt wird, anzugeben.

Von Bietergemeinschaften ist mit dem Angebot für jedes Mitglied eine Eigenerklärung zur Eignung (Eignungsbogen oder EEE) inkl. der erforderlichen Anlagen, Angaben und Nachweise einzureichen.

Es darf jedoch nur ein gemeinsames Angebot (Angebotsschreiben, Angebotsblatt sowie ggf. Kalkulationsblätter und/oder ggf. Darstellung zu den Zuschlagskriterien) für die Bietergemeinschaft eingereicht werden.

Das Angebot ist vom bevollmächtigten Vertreter der Bietergemeinschaft in Textform abzugeben; es sind alle weiteren geforderte Unterlagen (Eigenerklärungen und/oder Nachweise, insbesondere der ausgefüllte Eignungsbogen) für alle Mitglieder der Bietergemeinschaft beizufügen.

6 Kapazitäten anderer Unternehmen (Unteraufträge / Eignungsleihe)

6.1 Unteraufträge

Beabsichtigt der /Bieter bzw. die Bietergemeinschaft zur Erfüllung des Auftrags Teile der Leistung von anderen Unternehmen ausführen zu lassen (**Unterauftragnehmer, § 36 VgV**), muss er die dafür vorgesehene (Teil-)Leistung im Bewerbungsbogen bezeichnen und – falls zumutbar – die vorgesehenen Unterauftragnehmer benennen. Der Bieter/die Bietergemeinschaft, dessen/deren Angebot in die engere Wahl kommt, hat zu einem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt auf gesondertes Verlangen nachzuweisen, dass ihm/ihr die erforderlichen Mittel der benannten Unternehmer zur Verfügung stehen und diese Unternehmen geeignet sind.

Im Falle der Weitervergabe von Aufträgen an Unterauftragnehmer muss der Bieter bzw. die Bietergemeinschaft berücksichtigen, dass er/sie

- a) bei der Einholung von Angeboten für Unterauftragnehmer nach wettbewerblichen Gesichtspunkten verfährt und dabei kleinere und mittlere Unternehmen nicht benachteiligt,
- b) rechtzeitig vor der Übertragung Namen und Anschriften der Unterauftragnehmer sowie deren Berufsgenossenschaften mitzuteilen hat,
- c) nur solche Unterauftragnehmer beauftragen darf, welche die gewerberechtlichen und fachlichen Voraussetzungen für die Ausführung des zu vergebenden Unterauftrages erfüllen und
- d) den Unterauftragnehmer davon in Kenntnis setzt, dass seine Leistung der Erfüllung eines öffentlichen Auftrages dient,
- e) auf Verlangen der Vergabestelle die Einhaltung vorstehender Verpflichtungen sowie Art und Umfang der zur Weitervergabe vorgesehenen Leistungen nachzuweisen hat.

Hinsichtlich etwaiger Ausschlussgründe nach § 123 GWB bzw. § 124 GWB wird auf § 36 Abs. 5 VgV verwiesen.

Die Vergabestelle kann anlassbezogen die Vorlage der Nachweise der Unterauftragnehmer gegenüber dem Bieter vor Zuschlagserteilung verlangen.

Der Bieter hat andere Unternehmen, bei denen Ausschlussgründe vorliegen oder die das entsprechende Eignungskriterium nicht erfüllen, innerhalb einer von der Vergabestelle gesetzten Frist zu ersetzen.

6.2 Eignungsleihe

Beabsichtigt der Bieter bzw. die Bietergemeinschaft, bei der Erfüllung des Auftrages im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche, finanzielle, technische und/oder berufliche Leistungsfähigkeit (gem. § 45 und § 46 VgV) die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch zu nehmen (**Eignungsleihe, vgl. § 47 VgV**), so hat er/sie im Eignungsbogen und den zutreffenden Anlagen entsprechende Angaben zu machen. Insbesondere sind die in Anspruch genommenen Kapazitäten zu benennen, den Namen, den gesetzlichen Vertreter sowie die Kontaktdaten dieser Unternehmen anzugeben und durch Vorlage entsprechender Verpflichtungserklärungen dieser Unternehmen mit dem Angebot nachzuweisen, dass ihm die erforderlichen Kapazitäten (Mittel, Fähigkeiten) der benannten Unternehmen zur Verfügung stehen. Ferner ist nachzuweisen, dass das/diese Unternehmen bzgl. des relevanten Teils geeignet sind; ggfs. geforderte Eignungsnachweise (Eigenerklärungen, Bescheinigungen oder sonstige Unterlagen) sind ebenfalls mit dem Angebot einzureichen.

Ein Bieter / eine Bietergemeinschaft kann im Hinblick auf Nachweise für die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit wie Ausbildungs- und Befähigungsnachweise oder die einschlägige berufliche

Erfahrung die Kapazitäten anderer Unternehmen nur dann in Anspruch nehmen, wenn diese die Leistung erbringen, für die die betreffenden Kapazitäten benötigt werden.

Für bestimmte kritische Aufgaben kann der Auftraggeber vorschreiben, dass diese direkt vom Bieter selbst oder im Fall einer Bietergemeinschaft von einem Teilnehmer der Bietergemeinschaft ausgeführt werden müssen (vgl. § 47 Abs. 5 VgV).

Hinsichtlich etwaiger Ausschlussgründe nach § 123 GWB bzw. § 124 GWB wird auf § 47 Abs. 2 S. 3 i. V. m. § 42 Abs. 1 VgV verwiesen.

Die Vergabestelle kann anlassbezogen die Vorlage der Nachweise der anderen Unternehmen gegenüber dem Bieter zu jedem Zeitpunkt des Verfahrens verlangen.

Nimmt der Bieter in Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit im Rahmen einer Eignungsleihe die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, müssen diese auf Verlangen des Auftraggebers gemeinsam für die Auftragsausführung haften. Die Haftungserklärung ist in diesem Fall zu einem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt (in der Regel mit dem Angebot) einzureichen.

7 Eignungsnachweis / Präqualifikation

Unternehmen haben als vorläufigen Nachweis der Eignung für die zu vergebende Leistung mit dem Angebotsschreiben

- entweder die in der Auftragsbekanntmachung oder der Aufforderung der Angebotsabgabe angegebenen Unterlagen (ausgefüllte „Eigenerklärung zur Eignung“ (Eignungsbogen), Angaben, Bescheinigungen und sonstige geforderte (auftragsspezifische) Nachweise) oder als vorläufigen Nachweis eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE)

ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Erklärungen und/oder Einzelnachweise (bei Bietergemeinschaften für alle Mitglieder) vorzulegen. Bei Einsatz von anderen Unternehmen ist deren Eignung auf Verlangen der Vergabestelle in gleicher Weise nachzuweisen.

Sofern die geforderten Erklärungen bzw. Nachweise in Form der EEE eingereicht werden, muss der Bieter sicherstellen, dass die EEE sämtliche in der „Eigenerklärung zur Eignung“ (Eignungsbogen) und den Anlagen abgefragten Erklärungen, Angaben und Nachweise enthält. Insofern dies nicht der Fall ist, müssen zusätzlich zur EEE alle betreffenden Teile des Eignungsbogens und der betreffenden Anlagen vollständig ausgefüllt und ergänzt werden. Eine Verpflichtung zur Verwendung der EEE besteht hingegen nicht.

Anstatt der Vorlage der in der Auftragsbekanntmachung oder der Aufforderung zur Angebotsabgabe angegebenen Unterlagen oder der EEE kann der Nachweis auch durch Eintrag in einem amtlichen Verzeichnis präqualifizierter Unternehmen für den Liefer- und Dienstleistungsbereich (z.B. dem durch die Industrie- und Handelskammer eingerichteten AVPQ-Verzeichnis) oder durch Vorlage eines Zertifikates im Sinne der europäischen Zertifizierungsstandards – erforderlichenfalls ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise geführt werden.

Beabsichtigt der Bieter bei der Erfüllung eines Auftrags die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch zu nehmen (Eignungsleihe), so hat er die geforderten Unterlagen (Eigenerklärungen und Nachweise) auch für diese abzugeben – erforderlichenfalls ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind Eigenerklärungen (auch die der benannten anderen Unternehmen) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen.

8 Wechsel der Identität

Ein Wechsel der Identität des Bieters oder der Bietergemeinschaft bzw. der Mitglieder der Bewerber-/Bietergemeinschaft ist nicht zugelassen.

Eine Änderung der Identität des Unterauftragnehmers ist nur mit Zustimmung des Auftraggebers zulässig. Der Bieter bzw. die Bietergemeinschaft hat dabei jedenfalls die mindestens gleichwertige Fachkunde und Zuverlässigkeit des Unterauftragnehmers nachzuweisen.

9 E-Vergabe

Das gesamte Verfahren inkl. der Angebotsabgabe und der Kommunikation wird ausschließlich elektronisch über die E-Vergabepattform rlp.vergabekommunal.de abgewickelt. Für die Abgabe eines Angebots und die Kommunikation sind eine kostenfreie Registrierung und die Bestätigung der Teilnahme am Verfahren erforderlich.

10 Vertraulichkeit der Informationen

Sämtliche zur Verfügung gestellte Unterlagen sind vertraulich zu behandeln und dürfen ausschließlich für die Zwecke dieses Verfahrens verwendet werden, soweit sie nicht öffentlich zugänglich oder bekannt sind oder ohne Mitwirkung der Verfahrensbeteiligten bekannt werden.

Eine Weitergabe der zur Verfügung gestellten Unterlagen an Dritte ohne ausdrückliche Zustimmung des Auftraggebers ist nicht erlaubt.

Falls sich aufgeforderte Bietende entschließen kein Angebot abzugeben, sind sie verpflichtet, die überlassenen Vergabeunterlagen einschließlich etwa hergestellter Kopien zu löschen.

11 Datenschutz / Datenverarbeitung

Die von den Bietern erbetenen Angaben (auch personenbezogen) werden im Rahmen des Vergabeverfahrens verarbeitet und gespeichert. Die Angaben sind Voraussetzung für die Wertung der Angebote.

Mit der Abgabe seines Angebots erklärt sich der Bieter einverstanden, dass die darin enthaltenen Daten zu Auswertungszwecken in einem automatisierten Verfahren verarbeitet und für die Dauer des Verfahrens gespeichert werden dürfen.

12 Einlegung von Rechtsbehelfen / Rügeobliegenheit

Gemäß § 160 Absatz 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) ist ein Verstoß gegen Vergabevorschriften innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen nach Erkenntnis gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Verstöße gegen Vergabevorschriften,

1. die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen.
2. die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen.

Bei Zurückweisung einer Rüge beträgt die Frist für die Beantragung eines Nachprüfungsverfahrens vor der Vergabekammer 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen.